

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung und Gang der Untersuchung</b> .....	23
<b>A. Das Modell einer internationalen arbeitsteiligen Strafrechtspflege</b> .....	26
I. Rechtshilfe als Element transnationaler Strafrechtspflege .....	26
1. Begründungsansätze für Rechtshilfe in Strafsachen .....	26
a) Befund: transnationales Verbrechen, nationale Strafrechtspflege .....	26
b) Qualifikation der Rechtshilfe .....	28
aa) Rechtshilfe als Unterstützung zwischen Staaten .....	28
bb) Rechtshilfe als (Unterstützung fremder) Strafrechtspflege .....	30
(1) Der unabweisbare strafprozessuale Bezug .....	30
(2) Lebendiges und Totes in Lammaschs Rechtspflege-theorie .....	32
(a) Formulierung der Theorie .....	32
(b) Unvereinbarkeit von Rechtshilfe und Rechtspflege? .....	33
(c) Rechtshilfe als Strafe? .....	34
(aa) „Ausübung eines Strafrechts“ .....	34
(bb) Strafanspruch des ersuchten Staates? .....	35
(d) Die Gründe hinter der Begründung .....	37
(aa) Phänomenologie der Rechtshilfe .....	37
(bb) Vorrang des fremden Strafanspruchs .....	39
(e) Zwischenfazit: Das Lebendige in Lammaschs Theorie .....	40
(3) Gegenentwurf: Die Vertragstheorie Voglers .....	41
(a) Eine Variante der Rechtshilfetheorie .....	42
(b) Kritik .....	42
c) Fazit: Die Berechtigung der Rechtspflege-theorie .....	43
2. Die „dritte Dimension“ der Rechtshilfe: die Rechtsstellung des Betroffenen .....	44
a) Die Entwicklung der Rechtssubjektivität in der Rechtshilfe .....	45
aa) Individualrechte nach der klassischen Rechtspflege-theorie .....	45
(1) Die strafprozessuale Rechtsstellung des Auszuliefernden im er- suchten Staat .....	45
(2) Subjektive Rechte im Auslieferungsverfahren? .....	46
(3) Rechtsstellung im ersuchenden Staat .....	49
(4) Zwischenfazit; historische Grenzen des Ansatzes .....	50

bb) Subjektive Rechte nach der Rechtshilfetheorie, insb. der Vertragstheorie Voglers .....	52
(1) Rechtshilfeverfahren im Zeichen des Völkerrechts .....	52
(2) Das Völkerrecht als „Brandmauer“ zwischen den nationalen Verfahren .....	53
(3) Ius cogens als einzige Schranke .....	55
(4) Zwischenfazit: Fortschritte und Fehlritte von Voglers Theorie ...	57
cc) Die Entdeckung der „dritten Dimension“ durch Lagodny .....	57
(1) Der innerstaatliche Vollzugsakt .....	57
(2) Grundrechtsgeltung .....	58
(3) Verhältnis zu den Interessen der Rechtshilfe .....	59
(4) Subjektive Rechtsstellung, aber welche? .....	60
dd) Einwände gegen Lagodnys Thesen in Literatur und Rechtsprechung	62
(1) Ausschließliche Vertragsnatur der Rechtshilfe .....	62
(2) Art. 16 II 1, 16a I GG als <i>leges speciales</i> .....	63
(3) Einwand des unzulässigen „Grundrechtsexports“ .....	65
(4) Einwand der Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes .....	66
ee) Fazit zur Entwicklung der „dritten Dimension“ .....	68
b) Die strafprozessuale Rechtsstellung des Einzelnen als Ausgangspunkt ...	69
aa) Konkretisierung der Rechtsstellung in Gestalt des „Verbots der Individualbenachteiligung“ .....	69
bb) Verhältnis von Individualrechten und staatlichen Interessen .....	72
cc) Zwischenfazit: Primat der Individualrechte .....	75
c) Positivrechtliche Rahmenbedingungen der Rechtsstellung des transnationalen Beschuldigten in der EU .....	75
aa) Grund- und Menschenrechte im Allgemeinen .....	76
(1) Umfassende Schutzbereichseröffnung .....	76
(2) Eingriffsrechtfertigung: legitimer Zweck und Verhältnismäßigkeit	78
bb) Benachteiligungsverbot und allgemeiner Gleichheitssatz .....	80
(1) Vergleichbare Sachverhalte .....	81
(2) Adressaten des Gleichheitssatzes und das Problem der Kompetenzordnung .....	82
(3) Tragweite des Gleichheitssatzes .....	86
(4) Zwischenfazit .....	86
cc) Das Recht auf ein faires Verfahren als Kristallisationspunkt, insbesondere im Beweisrecht .....	87
(1) Problematik .....	87
(2) Fair trial zwischen Gesamtbetrachtung und seiner Wahrung in actu	89
(a) Die Gesamtbetrachtung durch den EGMR und ihre Grenzen	89
(b) Anwendung unmittelbar durch die Behörden? .....	90
(aa) Anwendungspflicht .....	90

(bb) Grenzen der unmittelbaren Menschenrechtsvorbehalte und Gebot gesetzlicher Bestimmtheit .....	91
(c) Die spezifischen Probleme der Hybridisierung .....	92
(aa) Geteilte Verantwortlichkeit – halbe Verantwortlichkeit? ...	92
(bb) Verantwortlichkeit des Staates, der das Verfahren führt ...	93
(cc) Fairness in actu statt Heilung ex post .....	94
(dd) Insbesondere: das Verwertungs dilemma .....	95
(α) Die Verwertungsproblematik .....	95
(β) Rückblick: Unzulässigkeit des Eingriffs .....	96
(d) Zwischenfazit .....	97
d) Zwischenbilanz: Individualrechte, verfassungsrechtliche Vorgaben und ihre notwendige Entfaltung in einem ausbalancierten einfachen Recht ...	98
aa) Grundrechte, Benachteiligungsverbot und Verfahrensbalance .....	99
bb) Entfaltung im (einfachen) Strafprozessrecht .....	100
cc) Unzulänglichkeit von Mindestrechten; Gesetzesvorbehalt .....	101
dd) Fazit .....	102
e) Verantwortlichkeit der beteiligten Staaten .....	103
aa) Sind die Staaten „Erfüllungsgehilfen“ oder „Gesamtschuldner“ eines prozessordnungsgemäßen Verfahrens? .....	103
bb) Diskussion anhand von Ersatzleistungen .....	104
cc) Gesamtverantwortung als allgemeines Prinzip .....	106
(1) Bündelung der staatlichen Eingriffsmacht und Eingriffsvoraussetzungen .....	107
(2) Folgeverantwortung .....	108
(3) Zusammenfassung in der Gesamtverantwortung .....	109
(4) Das Modell einer Gesamtschuld .....	109
(a) Stichhaltigkeit und dogmatischer Ertrag .....	109
(b) Gesamtverantwortung – Meistbegünstigung? .....	111
dd) Fazit: Gesamtschuld als Schlüssel zur Sicherung der Rechtsstellung des Individuums .....	112
3. Das „international-arbeitsteilige Strafverfahren“ als Leitmotiv? .....	113
a) Eignung zur Durchsetzung des Strafrechts .....	114
aa) Strafverfahren als Fluchtpunkt .....	114
(1) Primat der rechtlichen Betrachtung .....	115
(b) Zwischenfazit .....	117
bb) Exkurs: Rechtspflicht zur Rechtshilfe? .....	117
(1) Orientierung an innerstaatlicher Verfolgungspflicht .....	118
(2) Gleichbehandlung und Verfolgungspflicht .....	119
(3) (Materielle) Bestrafungspflichten .....	120
cc) Zwischenfazit .....	121
b) Schutz der Rechtsstellung des Beschuldigten .....	121

c) Einwände gegen das Konzept des international-arbeits teiligen Strafverfahrens .....	121
4. Fazit .....	123
II. Die Rechtsstellung des Individuums zwischen innerprozessualen und prozessunabhängigen Schranken .....	124
1. Prozessunabhängige Gefahren und die notwendige (unterschiedslose) Geltung der lex loci .....	126
a) Strafprozessuale Rechtslage (auch) im ersuchten Staat .....	126
b) Prozessunabhängige Schranken des ersuchten Staates .....	127
aa) Prozessunabhängige Gefahren – prozessunabhängige Schranken .....	128
bb) Anwendbarkeit auch in transnationalen Verfahren .....	130
cc) Der Drittbezogenheits-Test als Indikator für prozessunabhängige Schranken .....	133
(1) Einfache Ermittlungsmaßnahmen ohne Zwangsbewehrung .....	134
(2) Invasive Maßnahmen .....	136
(3) Zwang und zwangsbewehrte Inpflichtnahme als prozessunabhängige Gefahren .....	137
(4) Das Problem der Zeugnis- und Aussageverweigerungsrechte .....	138
(5) Zwischenfazit .....	141
dd) Umfang: alle allgemeinen Eingriffsvoraussetzungen .....	141
(1) Akzessorietät zu prozessunabhängigen Gefahren .....	141
(2) Untrennbarkeit von Eingriff(s)voraussetzung(en) .....	143
ee) Die Ausdehnung der prozessunabhängigen Schranken im Einzelnen .....	144
(1) Das Erfordernis des Verdachts einer strafbaren Tat .....	144
(a) Der Tatverdacht und seine Prüfung .....	145
(aa) Der Verdacht im Spannungsfeld zwischen innerprozessualen Raum und prozessunabhängigen Gefahren .....	145
(bb) Tatsachenprüfung im verfahrensführenden Staat .....	147
(cc) Rechtliche Würdigung und Kontrolle im ersuchten Staat .....	148
(dd) Belastbarkeit der Tatsachenprüfung .....	150
(ee) Zwischenfazit .....	154
(b) Gegenstand: (auch im ersuchten Staat) strafbare Tat .....	154
(aa) Das Erfordernis beiderseitiger Strafbarkeit als prozessunabhängige Schranke .....	154
(bb) Aufgabe des Erfordernisses zugunsten „effektiver Verbrechensbekämpfung“? .....	158
(cc) Anwendung nur in Fällen „qualifizierter Straflosigkeit“? .....	159
(dd) Zwischenfazit .....	160
(ee) Ableitung aus dem nulla-poena-Satz? .....	160
(ff) Die Merkmale der Straftat im Einzelnen .....	161
(gg) Maßgeblicher Zeitpunkt .....	165

(hh) Konkrete Verfolgbarkeit der Tat und Doppelbestrafungs- verbot .....	166
(2) Weitere Eingriffsvoraussetzungen am Beispiel der Haftgründe ...	167
(3) Richterliche Verantwortung .....	168
2. Innerprozessuale Gefahren und die Schranken des verfahrensführenden Staa- tes (lex fori) .....	169
a) Bindung an die lex fori .....	170
b) Der Zusammenhang mit der Verwertungsfrage .....	171
c) Doppelfunktionelle Prozesshandlungen – Doppelfunktionelle Schranken	173
d) Prozessuale Verarbeitung, Verstoß gegen die lex fori und das Problem des Forum-Wechsels .....	175
e) Zwischenfazit .....	178
3. Äußerste Grenzen der Leistung von Rechtshilfe .....	178
a) Immanente Grenzen der Verfahrenshoheit des ersuchenden Staates .....	178
aa) Der Spezialitätsgrundsatz .....	179
bb) Strafanspruch des ersuchenden Staates .....	180
b) Ordre public als äußerste Grenze der Staatsgewalt .....	180
4. Wirksame Verteidigung und Rechtswege .....	182
a) Rechtsschutz gegen Maßnahmen des ersuchten Staates .....	182
b) Verteidigungsrechte im verfahrensführenden Staat .....	184
c) Kompensation von Rechtseinbußen und gerichtliche Absicherung des ordre public .....	185
d) Non olet pecunia, sed absentia pecuniae: Kosten des Zugangs zur Justiz	187
5. Leistungsfähigkeit des Ansatzes: vermeidbare und unvermeidbare Überlage- rungen der Schranken beider Staaten .....	188
a) Grundsatz: Exklusivität der jeweils maßgeblichen Rechtsordnung (in den Grenzen des ordre public) .....	188
b) Doppelfunktionelle Schranken und Meistbegünstigung .....	190
c) Sachgerechte und vermeidbare Kumulation prozessunabhängiger Schran- ken .....	190
d) Zwischenfazit .....	192
e) Konkretisierung anhand der wichtigsten Maßnahmen .....	193
aa) Vollstreckung von Strafen .....	193
(1) Einheit von Strafe und Vollstreckung in den Schranken des voll- streckenden Staates .....	193
(2) „Humanitäre“ Strafvollstreckung entgegen der eigenen Rechtsord- nung? .....	196
bb) Auslieferung(shaft) .....	197
(1) „Auslieferungshaft“ und ihre akzessorische Qualifikation .....	197
(2) Auslieferung als Überstellung vor (fremde) Gerichtshoheit .....	199
(a) Auslieferung zur Strafvollstreckung .....	199

(b) Auslieferung zur Strafverfolgung: schlichter (Untersuchungs-)Haftbefehl nicht hinreichend	200
(aa) Erscheinungspflichten im Ermittlungsverfahren	201
(bb) Kritik: überschießende transnationale Wirkung eines nationalen Haftbefehls	202
(cc) Voraussetzungen der Unterwerfung unter staatliche Gerichtsbarkeit	203
(dd) Kehrseite: Untersuchungshaftbefehl nicht erforderlich	204
(ee) Zwischenfazit	205
(3) Fazit	206
cc) „Sonstige“ bzw. Beweisrechtshilfe	207
f) Praktische Umsetzung	208
aa) De lege ferenda	208
bb) De lege lata	209
6. Fazit: Konsequent strafprozessuale Rechtsstellung	210
a) Differenzierte Ableitung aus den innerstaatlichen Prozessordnungen	211
b) Entspezifizierung des transnationalen Verfahrens	214
c) Dienende Funktion des Rechtshilferechts	215

<b>B. Das Prinzip gegenseitiger Anerkennung im Gefüge der transnationalen Strafrechtspflege</b>	217
I. Historische Entwicklung	218
1. Vom Binnenmarkt zur Strafrechtspflege	218
2. Vorgeschichte. Gegenseitige Anerkennung als „Kopernikanische Wende“?	219
3. Aufwertung durch Positivierung im AEUV?	221
II. Begründungsansätze für die Übertragung auf das Strafrecht	222
1. Internationale Strafverfolgung in einem einheitlichen kriminalgeographischen Raum	222
a) Entgrenzung des Verbrechens	222
b) Entgrenzung der Strafverfolgung?	224
c) Verhältnis zu Freizügigkeit und Binnenmarkt	224
aa) Analogie zum Binnenmarkt (unter umgekehrten Vorzeichen)	225
(1) Ratio des Prinzips: liberaler Selbstzweck	225
(2) Das Verhältnis zur Harmonisierung	227
(a) Politische Dynamik der gegenseitigen Anerkennung	227
(b) Wechselwirkung mit Harmonisierung	228
(3) Zwischenergebnis: Keine einfache Übertragbarkeit	229
bb) Prinzip gegenseitiger Anerkennung als Kehrseite der Freizügigkeit?	230
(1) Unschuldsvermutung für freie Bürger	230
(2) Verdacht als Eingriffsgrundlage	231
(3) Asymmetrie; Zwischenfazit	231

d) Erforderlichkeit zur Effektivierung europäischer transnationaler Strafrechtspflege? .....	232
e) Zwischenfazit .....	233
2. Gegenseitige Anerkennung als neutrales Verfahrensprinzip? .....	233
a) Inhärente Neutralität? .....	233
aa) Neutral oder punitiv? .....	233
bb) Gegenstand der Neutralitätsfrage .....	234
b) Neutralität im Gesamten? .....	235
aa) Neutralität im Verhältnis zum <i>status quo ante</i> ? .....	235
(1) Bezug zur alten Rechtslage .....	235
(2) Emanzipation vom <i>status quo ante</i> .....	237
(3) Verrechtlichung durch Institutionalisierung .....	237
bb) Umfassendes Doppelverfolgungsverbot als Ausweis der Neutralität? .....	239
c) Normativ angezeigte Neutralität: Wahrung des prozessualen Gleichgewichts .....	240
d) Verantwortung des EU-Gesetzgebers .....	241
e) Ergebnis: Neutralität kein Argument .....	242
3. Zwischenfazit: Entzauberung des Begriffs „Prinzip“ .....	242
a) Eigenständiger normativer Gehalt? .....	243
aa) Gegenseitige Anerkennung kein Zweck an sich .....	243
bb) „Hohes Maß an Vertrauen“ als normatives Gewicht? .....	243
(1) Inkommensurabilität von Recht und Vertrauen .....	244
(2) Vertrauen und sein untauglicher Gegenstand .....	245
(3) Zwischenfazit .....	245
b) Legitimationsdefizite einer gegenseitigen Anerkennung „in Reinform“ .....	246
aa) Der konsequente Realisierungsvorschlag im Grünbuch zum strafrechtlichen Schutz pp. ....	246
bb) Das Prinzip gegenseitiger Anerkennung als solches .....	246
c) Rückführung des Prinzips gegenseitiger Anerkennung auf den Status eines Kompetenztitels ohne „self-executing“ Wirkung .....	247
III. Das „Prinzip“ gegenseitiger Anerkennung in seiner konkreten Ausgestaltung .....	249
1. Die bisher ergangenen Rechtsakte .....	249
a) Prolog: Rang- und Legitimationsfragen .....	249
aa) Vorrang des Unionsrechts .....	249
bb) Insbesondere Rahmenbeschlüsse .....	250
b) Rekapitulation der Anforderungen an die Gestaltung der Rechtshilfe .....	251
aa) Grund- und Menschenrechte und ihre notwendige Entfaltung im einfachen Recht .....	251
bb) Mindestrechte <i>de lege lata et ferenda</i> .....	252

c) Die Instrumente gegenseitiger Anerkennung in der Strafrechtspflege im Einzelnen .....	253
aa) Gemeinsame Merkmale .....	253
(1) Anordnung und Vollstreckung .....	253
(a) Anordnung nach den Kriterien des Anordnungsstaates .....	253
(b) Vollstreckung „als solche“; abschließende und fakultative Ablehnungsgründe .....	254
(2) Die partielle Aufgabe des Prinzips beiderseitiger Strafbarkeit .....	256
(a) Die Ablehnung eines Gleichheitsverstoßes durch den EuGH .....	258
(b) Nulla poena sine lege? .....	259
(3) Der Ausschluss der Tatverdachtsprüfung .....	260
(4) Direkter Verkehr zwischen den Justizbehörden .....	261
bb) Rechtskräftige Urteile und Entscheidungen .....	262
(1) Freiheitsentziehende Sanktionen .....	262
(a) Pflicht zur Anerkennung und Vollstreckung .....	262
(b) Wiederaufnahme .....	264
(c) Abwesenheitsurteile im Besonderen .....	265
(2) Geldstrafen .....	265
cc) Verfahrensichernde Maßnahmen, insbesondere Haftbefehle .....	266
(1) Konzept: „Übergabe“ statt „Auslieferung“? .....	266
(2) Anerkennungsfähige (-pflichtige) Entscheidungen .....	266
(3) Vollstreckung nach dem Recht des „Vollstreckungsmitgliedstaats“ .....	267
(4) Das Verhältnis von Haftbefehl und milderer Maßnahmen .....	268
(5) Verteidigung und Rechtsschutz .....	269
dd) Beweis- und Informationsverkehr .....	271
(1) Die europäische Beweisanordnung .....	272
(2) Die europäische Ermittlungsanordnung .....	272
(a) Anerkennungsfähige und -pflichtige Entscheidungen .....	272
(b) Vollstreckung (nach dem Recht des Vollstreckungsstaates) .....	273
(c) Anwendung der lex fori .....	275
(d) Verteidigungsrechte .....	277
(e) Staatshaftung .....	279
(3) Informationsaustausch .....	280
ee) Exkurs: Das „teileuropäische“ Doppelverfolgungsverbot und seine Grenzen .....	281
2. Ausblick: Die europäische Staatsanwaltschaft .....	284
IV. Evaluierende Gesamtbetrachtung .....	287
1. Eignung zur Ordnung eines europäischen arbeitsteiligen Strafverfahrens? .....	287



2. Bisherige Umsetzung des Anerkennungsprinzips und ihre strukturellen Defizite .....	288
a) Bleibt das Prinzip gegenseitiger Anerkennung (binnensystematisch) auf halber Strecke stehen? Die Trennung von Anordnung und Vollstreckung .....	288
b) Bleibt das Prinzip gegenseitiger Anerkennung (individualrechtlich) auf halber Strecke stehen? .....	289
aa) Die Verkürzung auf einzelne Eingriffe .....	289
bb) Fakultative Ablehnungsgründe/Schranken .....	290
cc) Kompensationsungeeignete Mindestrechte .....	291
dd) Wirksame Verteidigungsrechte? .....	292
c) Überschießende Anerkennung .....	294
3. Verantwortung des EU-Gesetzgebers .....	294
4. Subsidiäre Verantwortung der Mitgliedstaaten? .....	295
5. Fazit und Ausblick .....	296
 <b>C. Zusammenfassende Thesen .....</b>	 297
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>302</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>317</b>